

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Großdemonstration in Frankfurt und Berlin

am 28. März 2009 um 12.00 Uhr

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht einfach nur das folgenschwere Werk von gierigen Spekulanten und renditegeilen Bankmanagern. Es sind nicht hauptsächlich bestimmte Personen, die das verschulden, sondern das Wirtschafts- und Finanzsystem, das periodisch eine Überproduktion an Waren und Kapital erzeugt. Waren, die keine Käufer mehr finden, Kapital, das keine zufrieden stellende Rendite mehr erzielt und deshalb „kreative Finanzprodukte“ erfindet, um Renditen zu verbessern. Jetzt ist diese gewaltige Blase geplatzt.

Aber auch ohne diese Blasen (etwa im US-Immobilienmarkt) steckt der Kapitalismus in seiner tiefsten und umfassendsten Krise seit 1929: von der Beschleunigung des Klimawandels über imperialistische Kriege um den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen, von den Hunger- und Armutskrisen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern bis zu der jüngsten Weltwirtschaftskrise: Der Kapitalismus kann der Menschheit keine Perspektive bieten! Solange die Verwertung von Kapital das A und O unseres Wirtschafts- und Finanzsystems ist, kommen die Krisen immer wieder und die Folgen für uns werden immer verheerender: Verlust des Ersparten, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Armut, etc.

Aber die Profiteure dieses Systems werden deswegen noch lange nicht den Weg frei machen für eine vernünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Kabinett und Kapital versuchen, die Lösung ihrer Krise auf unserem Rücken auszutragen: Die Milliarden, die heute für die Sanierung der Banken ausgegeben werden, werden sie sich über neue Abgaben und Steuern sowie über die Einschränkung von Sozialausgaben wieder holen wollen: Privatisierungen und Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Kürzung von Transferzahlungen, Lohnkürzungen usw.

Wir machen da nicht mehr mit! Es reicht!

Unsere Lösungen sehen anders aus!

Wofür wir eintreten:

Statt Rettungspakete für Banken, Unternehmen und Vermögende:

- **Anhebung des Spitzensteuersatzes auf wieder mindestens 56%! Wiedereinführung der Vermögenssteuer**

Statt Verzichtslöge zum Wohle des „Standorts Deutschland“:

- **In allen Branchen: Gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 Euro steuerfrei sofort!**

Statt Ausgrenzung der Erwerbslosen:

- **Anhebung des Eckregelsatzes ALG II auf mindestens 500 € und Warmmiete. Weg mit Hartz IV!**

Statt Arbeitszeitverlängerung:

- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich! 30 Std.-Woche sofort!**

Statt Altersarmut und Rente mit 67:

- **Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge!**

Statt Sozialisierung der Verluste durch ständiges Reinpumpen von Steuermitteln:

- **Vergesellschaftung der Banken, ohne Entschädigung und unter demokratischer und öffentlicher Kontrolle!**

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 1. März 2009

www.labournet.de

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

Weitere Infos zu den Demos unter:

www.28maerz.de